

LANDTAG DES  
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



**JAHRESBERICHT 2024**

**DER DELEGATION BEI DER  
PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG  
DES EUROPARATS**

## INHALTSVERZEICHNIS

I.	Einleitung.....	3
II.	Zusammensetzung der Delegation.....	3
III.	Allgemeines zur Institution Europarat .....	3
	1. Entstehung und Zusammensetzung.....	3
	2. Ziele .....	4
	3. Die wichtigsten Organe des Europarats.....	4
	4. Praktische Auswirkungen für Europa.....	6
	5. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) .....	6
	6. Liechtensteins Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats.....	7
IV.	Sessionswochen der Parlamentarischen Versammlung im 2024 .....	7
	1. Erste Teilsession vom 22. bis 26. Januar 2024 .....	7
	2. Zweite Teilsession vom 15. bis 19. April 2024.....	13
	3. Sitzung des Ständigen Ausschusses am 23. und 24. Mai 2024 in Vilnius .....	17
	4. Dritte Teilsession vom 24. bis 28. Juni 2024.....	18
	5. Vierte Teilsession vom 30. September bis 4. Oktober 2024 .....	21
	6. Sitzung des Ständigen Ausschusses am 28. und 29. November 2024 in Luxemburg	24
V.	Zusammenarbeit .....	25
VI.	Kostenaufwand der Delegation.....	25
VII.	Weitere Informationsquellen.....	25
VIII.	Schlusswort und Antrag .....	26

## **I. Einleitung**

Die Delegation vertritt den Landtag bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. In dieser Funktion nimmt sie an den ordentlichen Sessionen der Versammlung sowie an weiteren Aktivitäten, die ihm Rahmen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats durchgeführt werden, teil. Gemäss Artikel 61 Absatz 7 der Geschäftsordnung für den Landtag vom 19. Dezember 2012 über die Ständigen Delegationen unterbreitet die Delegation dem Hohen Landtag ihren Jahresbericht 2024.

## **II. Zusammensetzung der Delegation**

Die liechtensteinische Parlamentarierdelegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats wurde an der Eröffnungssitzung des Landtags am 24. März 2021 für die Mandatsperiode 2021 – 2025 neu gewählt. Sie setzt sich wie folgt zusammen:

- Abg. Franziska Hoop, Delegationsleiterin
- Abg. Peter Frick, Mitglied
- Stv. Abg. Hubert Büchel, Ersatzmitglied
- Stv. Abg. Thomas Hasler, Ersatzmitglied
- Sandra Gerber-Leuenberger, Delegationssekretärin

## **III. Allgemeines zur Institution Europarat**

Der Europarat umfasst 46 Mitgliedstaaten. Darunter alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Liechtenstein wurde als 21. Mitglied am 23. November 1978 in den Europarat aufgenommen. Kanada, Israel, Mexiko und Kosovo haben einen «Beobachterstatus» bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Den Status «Partner für Demokratie» haben Marokko, der palästinensische Nationalkongress, Kirgisistan und Jordanien. Bei den Partnern für Demokratie hilft der Europarat, ihre demokratischen Strukturen zu stärken beziehungsweise auf- und auszubauen. Nach Beginn des Angriffskriegs der Russischen Föderation gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 und einer ausserordentlichen Plenarsitzung der Versammlung am 14. und 15. März, entschied das Ministerkomitee am 16. März 2022, dass die Russische Föderation kein Mitglied des Europarats mehr ist.

Grundsätzlich kann jeder europäische Staat Mitglied des Europarats werden – vorausgesetzt, er akzeptiert das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und garantiert seinen Bürgern die Wahrung der Menschenrechte und demokratischen Grundfreiheiten.

### **1. Entstehung und Zusammensetzung**

Der Europarat wurde 1949 gegründet und ist eine zwischenstaatliche politische Organisation. Er umfasst 46 pluralistische Demokratien und hat seinen ständigen Sitz im Palais de l'Europe in Strassburg. Diese supranationale Organisation repräsentiert derzeit eine Bevölkerung von 700 Millionen Menschen.

## 2. Ziele

- Verteidigung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten.
- Stärkung der demokratischen Stabilität Europas durch Reformen in Politik, Gesetzgebung und Verfassung.
- Die Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen, wie beispielsweise Diskriminierung von Minderheiten, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz, Bioethik, Terrorismus, Menschenhandel, Kriminalität und Korruption, Datennetzkriminalität, Umweltschutz, u.a.
- Entfaltung einer europäischen kulturellen Identität – eines europäischen Wir-Bewusstseins – insbesondere über den Weg der Bildung.

## 3. Die wichtigsten Organe des Europarats

Das **Ministerkomitee** ist das Entscheidungsorgan des Europarats, das von den Aussenministerinnen und Aussenministern der Mitgliedstaaten beziehungsweise deren ständigen Vertretern gebildet wird. Es prüft, was auf die Empfehlungen der Parlamentarischen Versammlung und des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas sowie auf Vorschläge der Regierungsexperten Ausschüsse und der Fachkonferenzen hin geschehen soll. Es verabschiedet das Arbeitsprogramm und das Budget des Europarats und ist ein ständiges Forum für den politischen Meinungs austausch und die Willensbildung. Der Vorsitz im Ministerkomitee wechselt alle sechs Monate. Liechtenstein führte den Vorsitz im Ministerkomitee vom 15. November 2023 bis zum 17. Mai 2024. Anschliessend hatte Lettland den Vorsitz für ein halbes Jahr inne. Am 13. November folgte Luxemburg als Vorsitzland und wird diese Rolle am 14. Mai 2025 an Malta weitergeben.

Die **Parlamentarische Versammlung** ist das beratende Gremium des Europarats und besteht aus Abgeordneten der 46 nationalen Parlamente. Sie war die erste pan-europäische Versammlung in der Geschichte unseres Kontinents. Mit den Delegationen aus den nationalen Parlamenten ist sie nach wie vor das grösste politische Forum Europas. Die Parlamentarier können durch Beschlüsse bzw. Entschliessungen in der PV durchaus Einfluss auf das Ministerkomitee nehmen. Die vorgelagerte Mitarbeit in den einzelnen Ausschüssen der PV ist äusserst wichtig, da dort die eigentliche Arbeit zu Handen der PV geleistet wird. Ebenso wichtig ist aber auch die entsprechende Berichterstattung an die nationalen Parlamente bzw. Regierungen.

Die Parlamentarische Versammlung besteht aktuell aus 612 Mitgliedern, davon 306 Stellvertreter. Liechtenstein ist in der Versammlung mit zwei Mitgliedern und zwei Stellvertretern vertreten. Im Verhältnis zur Grösse des Landes ist Liechtenstein durchaus stark vertreten, vergleicht man dies mit den grossen Staaten wie Deutschland, Frankreich oder mit dem Vereinigten Königreich mit je 18 Mitgliedern und 18 Stellvertretern.

Die fünf politischen Fraktionen der PV sind wie folgt aufgeteilt (die Zahlen in Klammern stellen die Anzahl der Delegierten dar und basieren auf dem Stand von Dezember 2024). 65 Mitglieder gehören keiner Fraktion an.

- Sozialistische Fraktion – SOC (158)
- Fraktion der Europäischen Volkspartei – EPP/CD (139)
- Fraktion der Europäischen Konservativen– EC (105)
- Fraktion Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa – ALDE (92) - davon alle vier Mitglieder der liechtensteinischen Delegation
- Fraktion Vereinigte Europäische Linke – UEL (32)

Die Parlamentarische Versammlung verfügt über neun Ausschüsse sowie zusätzliche 20 Unterausschüsse. In den Ausschüssen werden die diversen Themen ausführlich behandelt. Dort wird die Hauptarbeit in Bezug auf potenzielle Entschliessungen vollzogen. Bevor ein Bericht in die Parlamentarische Versammlung gelangt, wird in diesen Ausschüssen darüber beraten. Die Ausschüsse führen ihre Sitzungen auch ausserhalb der ordentlichen Sessionswochen durch, da zum Zeitpunkt der Teilsessionen die aufbereiteten und in den Ausschüssen zu verabschiedenden Berichte vorliegen müssen. Liechtenstein steht in den ersten sechs Ausschüssen jeweils ein Sitz zu. Die Mitglieder der anderen drei Ausschüsse werden vom Präsidium bzw. den Fraktionen bestellt. Jedes Mitglied der Versammlung kann in zwei Ausschüssen Mitglied sein. Die liechtensteinischen Delegationsmitglieder nehmen wie folgt Einsitz in diesen Ausschüssen:

- Ausschuss für politische Angelegenheiten und Demokratie  
Abg. Peter Frick (Ersatz: Stv. Abg. Hubert Büchel)
- Ausschuss für Recht und Menschenrechte  
Stv. Abg. Thomas Hasler (Ersatz: Abg. Franziska Hoop)
- Ausschuss für Soziales, Gesundheit und nachhaltige Entwicklung  
Abg. Peter Frick (Ersatz: Abg. Franziska Hoop)
- Ausschuss für Migration, Flüchtlinge und Vertriebene  
Stv. Abg. Thomas Hasler (Ersatz: Stv. Abg. Hubert Büchel)
- Ausschuss für Kultur, Wissenschaft, Bildung und Medien  
Stv. Abg. Hubert Büchel (Ersatz: Abg. Peter Frick)
- Ausschuss für Gleichstellung und Nichtdiskriminierung  
Abg. Franziska Hoop (Ersatz: Stv. Abg. Thomas Hasler)
- Ausschuss für die Einhaltung der Verpflichtungen und Zusagen der Mitgliedstaaten des Europarats (Monitoringausschuss)  
keine Besetzung
- Ausschuss für Geschäftsordnung, Immunitäten und institutionelle Angelegenheiten  
keine Besetzung
- Ausschuss für die Wahl der Richter des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte  
keine Besetzung.

Ausserhalb der Strassburger Sessionswochen tagt der Ständige Ausschuss, in welchem neben dem Präsidenten und den Vizepräsidenten der Parlamentarischen Versammlung alle nationalen Delegationsleitungen, die Ausschussvorsitzenden und die Vorsitzenden der politischen Fraktionen Einsitz nehmen. Sitzungsort ist der jeweilige Parlamentssitz des Mitgliedslandes, welches im Ministerkomitee den Vorsitz führt oder Paris. Der Ständige Ausschuss führt die Geschäfte der Versammlung, wenn diese keine Session hat und stellt damit die Kontinuität ihrer Tätigkeit sicher. Er berät und verabschiedet Berichte und Entschliessungen und kann Dringlichkeits- oder Aktualitätsdebatten abhalten.

Der **Kongress der Gemeinden und Regionen Europas** ist ein beratendes Organ des Europarats. Das Ministerkomitee schuf 1994 den Kongress der Gemeinden und Regionen. Er ist in zwei Kammern gegliedert, von denen eine die Gemeinden, die andere die Regionen vertritt. Der Kongress tagt zweimal jährlich im Palais de l'Europe in Strassburg.

Alle diese Instanzen werden bei ihrer Arbeit durch die rund 2'200 Mitarbeitenden des Europarats unterstützt. Geleitet werden die verschiedenen Fachdirektionen seit dem 18. September 2024 von **Generalsekretär** Alain Berset. Der ehemalige Schweizer Bundesrat Berset wurde am 25. Juni 2024 von der Parlamentarischen Versammlung zum neuen Generalsekretär gewählt. Er folgt auf Marija Pejčinović Burić, die das Sekretariat des Europarats während den vergangenen fünf Jahren geleitet hat. Seine Amtszeit beträgt fünf Jahre mit der Möglichkeit für eine einmalige Wiederwahl. Der Generalsekretär ist für die strategische Planung, das Arbeitsprogramm und den Haushalt des Europarats verantwortlich. Er leitet die Organisation und vertritt sie gegen aussen.

Seit 1. März 2021 leitet Despina Chatzivassiliou-Tsovilis das Generalsekretariat der Versammlung. Ihre Amtszeit beträgt fünf Jahre. Im Einklang mit der Geschäftsordnung der Versammlung sorgt die Generalsekretärin für das ordnungsgemässe Funktionieren der Versammlung, setzt die Beschlüsse um und koordiniert die Arbeit der Ausschüsse. Sie leitet ein Sekretariat mit ca. 90 Mitarbeitenden, das den Präsidenten und die Mitglieder der Versammlung bei ihrer Arbeit unterstützt und den ordnungsgemässen Ablauf der parlamentarischen Verfahren sicherstellt.

#### **4. Praktische Auswirkungen für Europa**

Die Arbeit des Europarats führt zu europäischen Konventionen und Abkommen, die die Grundlage für die Anpassung und Harmonisierung der Gesetze in den verschiedenen Mitgliedstaaten bilden. Einigen dieser Rechtsinstitute können auch Nicht-Mitgliedstaaten beitreten. Das Ergebnis von Studien und Arbeiten wird den Regierungen der Mitgliedstaaten zugeleitet, um die Kooperation und den sozialen Fortschritt in Europa zu ermöglichen und voranzutreiben. Per Ende 2024 existierten 227 europäische Konventionen. Unter liechtensteinischem Vorsitz konnte anlässlich der Jahrestagung des Ministerkomitees am 17. Mai 2024 das neue Rahmenabkommen des Europarats über künstliche Intelligenz und Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verabschiedet werden.

#### **5. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)**

Diese, 1959 in Strassburg errichtete, selbstständige Organisation ist ein Herzstück innerhalb des Europarats. Der Gerichtshof tagt seit 1998 ständig und ist für alle Verfahrensschritte, von der Prüfung der Zulässigkeit einer Beschwerde bis hin zum rechtskräftigen Urteil, zuständig. Die Richter und Richterinnen werden von der Parlamentarischen Versammlung gewählt. Der Gerichtshof urteilt über Beschwerden einzelner Personen sowie Personengruppen und Staaten, die sich auf Verletzungen der in der Europäischen Menschenrechtskonvention anerkannten Rechte beziehen. Bürger können sich, nachdem die innerstaatlichen Rechtsbehelfe erschöpft sind, mit Beschwerden direkt an ihn wenden. Am 16. April 2024 wählte die Versammlung Alain Chablais zum neuen Richter des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte für Liechtenstein. Er nahm sein Richteramt am 1. September 2024 auf und folgte auf Carlo Ranzoni der das Amt seit dem 1. September 2015 inne hatte. Die Amtsdauer beträgt neun Jahre. Am 19. August 2020 reichte Liechtenstein beim EGMR eine Staatenbeschwerde gegen die Tschechische Republik ein, da die Regierung die Souveränität Liechtensteins in Tschechien als nicht ausreichend respektiert ansieht.

Die Russische Föderation ist seit dem 16. September 2022 (sechs Monate nach ihrem Ausschluss aus dem Europarat) keine Vertragspartei der Europäischen Menschenrechtskonvention mehr. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ist weiterhin für die Bearbeitung von Beschwerden gegen die Russische Föderation zuständig, die bis zum 16. September 2022 eingereicht wurden.

## **6. Liechtensteins Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats**

Liechtenstein übernahm turnusgemäss am 15. November 2023 zum dritten Mal nach 1987 und 2001 für sechs Monate den Vorsitz im Ministerkomitee. Damit war Liechtenstein für die Umsetzung der Ziele und der Prioritäten des Europarats verantwortlich. Der Vorsitz dauerte bis zum 17. Mai 2024.

Für die liechtensteinische Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats brachte der sechs monatige Vorsitz einen bedeutenden Mehraufwand mit sich. Vor und während der Sitzungszeit ergaben sich an den Sessionswochen in Strassburg zahlreiche zusätzliche bilaterale Treffen mit verschiedenen Europaratsdelegationen. Es zeigte sich, dass der Mehraufwand mit jeweils vier Delegationsmitgliedern vor Ort gut bewältigt werden konnte. Im Rahmen des Vorsitzes zeichnete sich die liechtensteinische Delegation für die Organisation der Sitzungen des Ständigen Ausschusses am 27. und 28. November 2023 in Liechtenstein verantwortlich. Es konnten gut 100 Teilnehmende in Vaduz begrüsst werden.

Infolge des Vorsitzes von Liechtenstein war Delegationsleiterin Franziska Hoop ab November 2022 bis November 2024 «ex officio» Mitglied des Präsidiums der Versammlung, welches anlässlich der ordentlichen Sessions in Strassburg, aber auch vor einer Sitzung des Ständigen Ausschusses zusammentritt. Es koordiniert die Aktivitäten der Versammlung und unterstützt den Präsidenten und spielt daher eine wichtige vorbereitende und organisatorische Rolle. Es ergaben sich zwei zusätzliche Sitzungen während der Sessionswoche.

## **IV. Sessionswochen der Parlamentarischen Versammlung im 2024**

Während den Sessionswochen in Strassburg finden die Plenarversammlungen, die Sitzungen der Ausschüsse sowie die Fraktionssitzungen statt. Während bei den Ausschüssen die inhaltlichen Grundlagen geschaffen werden, werden an den Plenarversammlungen Entscheide gefällt und Vorlagen verabschiedet.

### **1. Erste Teilsession vom 22. bis 26. Januar 2024**

Liechtenstein wurde an der ersten Sessionswoche des Jahres durch die Abgeordneten Franziska Hoop (Delegationsleiterin) und Peter Frick sowie die stv. Abgeordneten Hubert Büchel und Thomas Hasler in Strassburg vertreten. Sie wurden unterstützt von der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger. Es war die erste Teilsession während dem Vorsitz Liechtensteins im Ministerkomitee.

#### **Schwerpunkte der Teilsession**

##### Theodoros Rousopoulos zum Präsidenten der Versammlung gewählt

Zu Beginn der Session ist Theodoros Rousopoulos (Griechenland) zum Präsidenten der Versammlung gewählt worden. Der Nachfolger von Tiny Kox (Niederlande) ist der 35. Präsident

der Versammlung und der erste griechische Staatsbürger in diesem Amt. Seine Amtszeit beträgt ein Jahr und kann einmalig verlängert werden.

#### Beglaubigungsschreiben der deutschen Delegation aus verfahrenstechnischen Gründen angefochten

Die Beglaubigungsschreiben der deutschen Delegation wurden an der Eröffnungssitzung aus verfahrensrechtlichen Gründen angefochten. Es wurde erklärt, dass die neu vorgeschlagene Delegation nicht das politische Gleichgewicht im deutschen Parlament widerspiegele. Die Anfechtung wurde von mindestens zehn Mitgliedern der Versammlung unterstützt, die mindestens fünf nationalen Delegationen angehören, wie es in der Geschäftsordnung vorgesehen ist. Die Anfechtung wurde unverzüglich an den Geschäftsordnungsausschuss zur Berichterstattung überwiesen. Die daraufhin vom Ausschuss erstellte Stellungnahme an den Präsidenten der Versammlung kam zum Schluss, dass die deutsche Delegation in Übereinstimmung mit den Artikeln 25 und 26 der Satzung des Europarats und Artikel 6.2.a der Geschäftsordnung der Versammlung ernannt wurde und die Beglaubigungsschreiben ratifiziert werden können.

#### Beglaubigungsschreiben der aserbaidsschanischen Delegation nicht ratifiziert

Die Beglaubigungsschreiben der aserbaidsschanischen Delegation wurden an der Eröffnungssitzung der Session aus inhaltlichen Gründen angefochten. Die Anfechtung wurde mit den politischen Gefangenen im Land, der gewaltsamen Vertreibung von Menschen aus Berg-Karabach, der Tatsache, dass die Berichtersteller der Versammlung nicht in der Lage waren, Aserbaidsschan mindestens dreimal im Jahr 2023 zu besuchen, und dem Fehlen einer Einladung an die Versammlung zur Beobachtung der Präsidentschaftswahlen vom 7. Februar 2024 begründet. Eine Anfechtung aus inhaltlichen Gründen muss von mindestens dreissig Mitgliedern der Versammlung, die mindestens fünf nationalen Delegationen angehören unterstützt werden. Auch diese Anfechtung wurde unverzüglich an den Geschäftsordnungsausschuss zur Berichterstattung überwiesen.

Während der Debatte über den erstellten Bericht wurden verschiedene Bedenken zu freien und fairen Wahlen, der Gewaltenteilung, der Schwäche der Legislative gegenüber der Exekutive, der Unabhängigkeit der Justiz sowie zur Achtung der Menschenrechte in Aserbaidsschan, wie zahlreiche Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und Gutachten der Venedig-Kommission zeigen, geäußert. Die Versammlung kam zum Schluss, dass Aserbaidsschan wichtige Verpflichtungen die sich aus seinem Beitritt zum Europarat vor gut 20 Jahren ergaben, nicht erfüllt hat und ratifizierte die Beglaubigungsschreiben nicht. Die Entschliessung wurde mit 76 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen. Die verabschiedete Entschliessung betrifft nur die Beglaubigungsschreiben der Parlamentarierdelegation. Die aserbaidsschanische Delegation kann ihre Tätigkeit in der Versammlung wieder aufnehmen, sobald die in der Geschäftsordnung festgelegten Bedingungen erfüllt sind. Aserbaidsschan ist weiterhin Vollmitglied des Europarats.

#### Neuer Kommissar für Menschenrechte gewählt

Michael O'Flaherty aus Irland wurde von der Parlamentarischen Versammlung zum neuen Menschenrechtskommissar des Europarats gewählt. Er wird ab dem 1. April 2024 eine einmalige Amtszeit von sechs Jahren ausüben. O'Flaherty erhielt im zweiten Wahlgang 104 der abgegebenen Stimmen und damit die relative Mehrheit. Meglena Kunewa aus Bulgarien erhielt 70 und Manfred Nowak aus Österreich 37 Stimmen. O'Flaherty folgt auf Dunja Mijatović die das Amt seit 2018 inne hatte.

Der Kommissar wird aus einer Liste von drei Kandidaten gewählt, die von den Regierungen der Mitgliedstaaten vorgeschlagen werden. Der Menschenrechtskommissar ist eine unabhängige und unparteiische aussergerichtliche Institution, die der Europarat 1999 ins Leben gerufen hat,



um das Bewusstsein für die Menschenrechte und deren Achtung in den 46 Mitgliedstaaten zu fördern, mögliche Mängel in der Gesetzgebung und Praxis im Bereich der Menschenrechte aufzudecken und die Arbeit der innerstaatlichen Ombudsstellen und anderer Menschenrechtsstrukturen zu erleichtern. Der Kommissar besucht regelmässig die Mitgliedstaaten, um einen Dialog mit den Regierungen und der Zivilgesellschaft zu führen und Berichte über Themen zu erstellen, die in seinen Zuständigkeitsbereich fallen.

#### Abgeordnete Franziska Hoop zur Vizepräsidentin der ALDE-Fraktion gewählt

Die Abgeordnete Franziska Hoop wurde erneut zur Vizepräsidentin der ALDE-Fraktion gewählt. Sie ist weiterhin zusammen mit dem Präsidenten, den weiteren Vizepräsidenten und dem Schatzmeister Mitglied des ALDE-Präsidiums. Das Präsidium ist für die laufende Verwaltung der ALDE-Fraktion und für die Vorbereitung der Fraktionssitzungen sowie der Sessionen der Versammlung zuständig.

#### **Von der Versammlung behandelte Vorlagen**

##### Die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten nach dem Terroranschlag der Hamas auf Israel und die israelischen Reaktion darauf

Die Versammlung hat unmissverständlich und auf das Schärfste den barbarischen Angriff der Hamas und anderer Milizen gegen Israel am 7. Oktober 2023, der durch nichts zu rechtfertigen ist, verurteilt. Die Parlamentarier brachten ihre Unterstützung für Israel angesichts des brutalsten Terroranschlags seiner Geschichte zum Ausdruck und bekräftigten sein Recht auf Selbstverteidigung.

In der verabschiedeten Entschliessung äusserten die Abgeordneten auch ihre Bestürzung über die sehr hohe Zahl unschuldiger Opfer im Gazastreifen und stellten fest, dass Israels militärische Reaktion zum Verlust von Tausenden von Menschenleben, zu massiven Vertreibungen und zu einer weit verbreiteten Zerstörung von zivilen Objekten und Infrastrukturen in Gaza geführt hat.

Die Parlamentarische Versammlung rief zu einem dauerhaften Waffenstillstand und zur Wiederaufnahme der Bemühungen um eine politische Lösung auf, vorausgesetzt, dass alle Geiseln unverzüglich und bedingungslos freigelassen werden und die Terrororganisation Hamas zerschlagen wird. Weiter fordert die Versammlung einen schnellen, sicheren und ungehinderten Zugang zu humanitärer Hilfe für die Bevölkerung im Gazastreifen.

Die Entschliessung betont, dass die an den Feindseligkeiten beteiligten Parteien das Völkerrecht und das humanitäre Völkerrecht im Einklang mit den Grundsätzen der Unterscheidung, der Notwendigkeit, der Verhältnismässigkeit und der Vorsorge streng einhalten müssen.

Schliesslich rief die Parlamentarische Versammlung zur Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen auf der Grundlage einer Zwei-Staaten-Lösung auf, unter Einbeziehung der relevanten Akteure und mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, um einen gerechten und dauerhaften Frieden in der Region zu erreichen. In diesem Zusammenhang wird die Versammlung ihre Bemühungen zur Förderung des Dialogs zwischen der Knesset, dem Palästinensischen Nationalrat und den Parlamenten der Mitgliedstaaten des Europarats verstärken.

##### Jahresbericht 2023 der Kommissarin für Menschenrechte des Europarats

Der Jahresbericht 2023, der letzte in der Amtszeit von Kommissarin Dunja Mijatović, zeichnet ein beunruhigendes Bild in Bezug auf ganz Europa. Der Schwerpunkt des Berichts liegt auf der Menschenrechtssituation in Konfliktgebieten. Die Kommissarin für Menschenrechte schildert zwar ein zunehmend komplexer und anspruchsvoller werdendes Menschenrechtsumfeld, unter-

streicht jedoch, dass es auch zahlreiche Quellen der Hoffnung und Beispiele für Widerstandsfähigkeit gibt, wie die erneute Bekräftigung der Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfeltreffen in Reykjavík, an den Normen und Grundsätzen des Europarats festzuhalten, die gemeinsame Antwort auf den Krieg in der Ukraine und das unerschütterliche Engagement von Nichtregierungsorganisationen, Journalistinnen und Journalisten, Menschenrechtsaktivisten, nationalen Menschenrechtseinrichtungen und weiteren Aktivistinnen bei der Verteidigung der Menschenrechte. Abschliessend ruft Mijatović zu entschlossenen und gemeinsamen Anstrengungen auf, um verlorenen Boden zurückzugewinnen und die Menschenrechte voranzubringen. Die Verschärfung der Herausforderungen für den Schutz der Menschenrechte dürfe kein Vorwand sein, um aufzugeben.

#### Globalisierung in Krisen- und Kriegszeiten: die Rolle der OECD seit Beginn des Angriffskriegs der Russischen Föderation gegen die Ukraine

Der Abgeordnete Peter Frick erklärte in seiner Rede, dass die globale Situation derzeit von multiplen Krisen geprägt ist welche die Globalisierung und internationale Zusammenarbeit herausfordern. Die Covid-19-Pandemie und der Krieg in der Ukraine haben wirtschaftliche Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten offengelegt. Gleichzeitig verschärfen Klimawandel, globale Konflikte und wachsende Ungleichheit die Herausforderungen.

Er unterstrich, dass die sozialen Auswirkungen besonders alarmierend seien: Erstmals seit 25 Jahren steige die Zahl der Menschen in extremer Armut wieder an. In neun von zehn Ländern weltweit verschlechtern sich Gesundheits-, Bildungs- und Lebensstandards, wobei vulnerable Gruppen wie Kinder und Jugendliche am stärksten betroffen seien.

Der Abgeordnete Frick betonte, dass demokratische Systeme zusätzlich durch schwindendes politisches Vertrauen und die Verbreitung von Fehlinformationen unter Druck gesetzt werden. Eine stärkere Beteiligung der Öffentlichkeit am politischen Prozess sei nur eine von vielen Massnahmen, die helfen werden, das Vertrauen der Menschen in die Politik wiederherzustellen. Es sollten die Synergien und Stärken beider Organisationen besser genutzt werden, um diesem negativen Trend durch einen ganzheitlichen Ansatz entgegenzuwirken. Die Stärkung des Multilateralismus sei unerlässlich, um diese globalen Herausforderungen angemessen zu bewältigen.

#### Medienfreiheit und die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten gewährleisten – eine Verpflichtung für die Mitgliedstaaten

Der Abgeordnete Peter Frick führte aus, dass seit 2015 in den Mitgliedstaaten des Europarats 49 Journalisten getötet und über 60 inhaftiert worden seien, wobei die meisten Opfer aus der Türkei, Aserbaidschan und den besetzten ukrainischen Gebieten stammten.

Die Plattform des Europarats zum Schutz von Journalisten dokumentiere systematisch Bedrohungen und Verstösse gegen die Medienfreiheit. Dadurch könnten negative Trends erkannt und länderspezifische Herausforderungen identifiziert werden. Sie sei zugleich ein wichtiges Frühwarnsystem für den Schutz von Medienschaffenden.

Der Abgeordnete Frick unterstrich die Verantwortung von Politikern, die Medienfreiheit zu schützen. Strategische Klagen gegen Medienschaffende (sogenannte SLAPPs), Drohungen und Hassreden seien inakzeptabel. Die Arbeit freier und unabhängiger Medien sei essenziell für das Funktionieren einer Demokratie, weshalb der Schutz von Journalisten von grösster Bedeutung sei.

#### Kindsmisbrauch in Institutionen in Europa

Der stv. Abgeordnete Hubert Büchel unterstrich, dass Berichte wie dieser entscheidend dazu beitragen, den Missbrauch von Kindern in Institutionen sichtbar zu machen. Die von der Welt-

gesundheitsorganisation vorgelegten Statistiken über sexuellen, physischen und psychischen Missbrauch seien erschütternd und hätten oft dauerhafte Folgen für die Betroffenen.

Er betonte, dass Menschen, die in ihrer Kindheit Gewalt erfahren haben, häufig mit Ausgrenzung und Stigmatisierung konfrontiert seien. Zu lange habe man kollektiv die Augen verschlossen - bei Prävention, Strafverfolgung und Bewältigung der Folgen. Das Tabu um Kindesmissbrauch müsse auf allen Ebenen ausgeräumt werden.

Der stv. Abgeordnete Büchel forderte eine gründliche Aufklärung des Kindesmissbrauchs in europäischen Einrichtungen und die Rechenschaftspflicht der Täter. Besonders wichtig sei es, dass Betroffene sich sicher fühlen, über ihre Vergangenheit zu sprechen, unabhängig von der vergangenen Zeit. Er betonte die Notwendigkeit, das Leid anzuerkennen, Verantwortung zu übernehmen und, soweit möglich, Wiedergutmachung zu leisten. Für die Zukunft seien Präventionsmassnahmen und Initiativen zur Bewusstseinsbildung unabdingbar, um sicherzustellen, dass Kindesmissbrauch in Institutionen künftig verhindert wird.

#### Weitere von der Versammlung behandelte Vorlagen

- Dringlichkeitsdebatte: Die Situation der ukrainischen Kinder (Statement von Olena Zelenska)
- Bericht über die vorgezogenen Parlamentswahlen in Serbien (17. Dezember 2023)
- Das Thema Migration und Asyl im Wahlkampf und die Folgen für die Willkommenskultur und die Rechte von Migrantinnen und Migranten
- SLAPP-Klagen bekämpfen – zwingende Notwendigkeit für eine demokratische Gesellschaft
- Vorwürfe der systemischen Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe in Haftanstalten in Europa
- Eine demokratische Zukunft für Belarus
- Der Fortschritt des Überwachungsverfahrens der Versammlung (Januar–Dezember 2023)

#### **Redebeiträge in der Plenarversammlung**

##### Ansprache von Daniel Risch, Regierungschef von Liechtenstein

Regierungschef Daniel Risch sprach aufgrund des Vorsitzes von Liechtenstein vor der Parlamentarischen Versammlung. Er unterstrich in seiner Rede die Bedeutung des Multilateralismus und betonte den Mehrwert der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen für Liechtenstein. Multilaterale Organisationen wie der Europarat spielten eine entscheidende Rolle bei der Förderung von Frieden und Stabilität. Der Multilateralismus sei der Rettungsanker. Der Regierungschef führte aus, dass auch kleine Staaten bedeutsame Akzente setzen können. Weiter ging er darauf ein, welche Dinge die anwesenden Staaten und insbesondere Liechtenstein tun können und auch tun, um sich für Menschenrechte, die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit einzusetzen.

Regierungschef Risch bekräftigte die andauernde Solidarität Liechtensteins mit der Ukraine und ihrer Bevölkerung. Er unterstrich, dass diejenigen die unsere gemeinsamen Verpflichtungen infrage stellten, zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Der Europarat habe mit der Einrichtung des Schadensregisters für die Ukraine einen weiteren Schritt unternommen, um die Rechenschaftspflicht Russlands zu gewährleisten. Weiter betonte Risch, dass es keinen Frieden ohne Gerechtigkeit geben werde.

Weiter unterstrich Daniel Risch, dass die Mitgliedschaft Liechtensteins im Europarat dem Land die Möglichkeit biete, aktiv zur Entwicklung neuer europäischer Normen und zum Schutz der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in ganz Europa beizutragen. Diese Mitgliedschaft habe es Liechtenstein auch ermöglicht, sich weiterzuentwickeln und Fort-

schritte in Richtung gemeinsamer Normen wie zum Beispiel bei der Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung.

Abschliessend hob Daniel Risch die Bedeutung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte als wichtigster Garant für den Schutz der Werte und dafür hervor, dass Europa ein Kontinent der demokratischen und rechtsstaatlichen Gesellschaften bleibt.

Regierungschef Risch stellte sich anschliessend an seine Reden den Fragen der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Der Abgeordnete Peter Frick wollte von Regierungschef Risch erfahren, wie Liechtenstein zur Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte beiträgt. Der Regierungschef unterstrich in seiner Antwort die Bedeutung des Europäischen Gerichtshofs und die Umsetzung seiner Urteile. Liechtenstein habe es sich zur Priorität gemacht, während seiner Vorsitzzeit den Gerichtshof zu stärken. Geplant sei eine spezielle Konferenz, die sich damit befassen werde, wie mit Urteilen umzugehen sei, die möglicherweise noch nicht umgesetzt wurden. Er unterstrich, dass dies nicht nur ein Schwerpunkt des Vorsitzes, sondern auch ein zentrales Thema in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats sei. Vor diesem Hintergrund betonte er, dass der Europarat und Europa nur funktionieren könnten, wenn alle Mitgliedstaaten die von ihnen selbst festgelegten Regeln einhalten.

#### Ansprache von Dominique Hasler, Aussenministerin von Liechtenstein und Vorsitzende des Ministerkomitees

Aussenministerin Hasler sprach in ihrer Rolle als Vorsitzende des Ministerkomitees und stellte die Prioritäten Liechtensteins für den Vorsitz vor und gab einen Überblick über das bisher Erreichte. Die Aussenministerin betonte die Wichtigkeit des Multilateralismus und des Europarats der seit 75 Jahren einen entscheidenden Beitrag zum Schutz und der Förderung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit leiste.

Sie betonte, dass sich der liechtensteinische Vorsitz dafür einsetzen werde, die Mitgliederzahl des Schadensregisters für die Ukraine zu erhöhen, und Nichtmitgliedstaaten dazu ermutigen, sich den Anstrengungen zur Gewährleistung von Gerechtigkeit anzuschliessen. Ebenfalls führte sie aus, dass der Europarat auch den ehrgeizigen Aktionsplan für die Ukraine mit dem Titel «Widerstandsfähigkeit, Erholung und Wiederaufbau» weiter umsetzte.

Aussenministerin Hasler unterstrich weiter, dass das Ministerkomitee aktiv mit den UN-Organen zusammenarbeite, um Russland an seine unbedingte rechtliche Verpflichtung zur Umsetzung der Urteile des Gerichtshofs für Menschenrechte zu erinnern.

Die Aussenministerin erinnerte ferner an die Vorreiterrolle des Europarats im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt (Istanbul-Konvention) und verwies auf den bevorstehenden 75. Jahrestag der Organisation welcher dieses Jahr gefeiert werden könne.

Anschliessend an ihre Rede beantwortete auch die Aussenministerin Fragen der Abgeordneten. Der stv. Abgeordnete Thomas Hasler wollte von der Aussenministerin Details über das 75-Jahr-Jubiläum des Europarats und die damit verbundenen Aktivitäten erfahren. Die Aussenministerin führte aus, dass der offizielle Festakt für den 16. Mai im Anschluss an die nächste Ministerkonferenz geplant sei. Die liechtensteinische Präsidentschaft plane anlässlich des Jubiläums eine Jugendveranstaltung mit dem Ziel, junge Menschen für den Europarat zu sensibilisieren und zu interessieren.

#### Ansprache von Nikos Christodoulides, Präsidenten der Republik Zypern

Im Namen der ALDE-Fraktion erkundigte sich der stv. Abgeordnete Hubert Büchel nach den Massnahmen zur wirksamen Umsetzung der rechtsverbindlichen Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Der Präsident führte aus, dass es um den Kern der Bedeutung des Europarats und seiner Instrumente gehe. Am Beispiel Zyperns verdeutlichte er, dass es

keine Rechtfertigung für die Nichtumsetzung von Gerichtsurteilen gebe. Gleichzeitig räumte er ein, dass es eine beträchtliche Anzahl von Ländern gebe, die die Gerichtsurteile nur teilweise oder gar nicht umsetzen. Dies würde die Effizienz des Gerichtshofs beeinträchtigen und sollte auch die PV des Europarats mit grosser Sorge erfüllen. Abschliessend warnte er, dass die anhaltende Weigerung, Gerichtsurteile umzusetzen, die Wirksamkeit des Gerichtshofs untergraben und andere Länder ermutigen könnte, Urteile ebenfalls zu ignorieren.

#### Ansprache von Jakov Milatović, Präsident von Montenegro

Der stv. Abgeordnete Thomas Hasler wollte vom Präsidenten Montenegros erfahren, welche Massnahmen Montenegro ergreift, um Journalisten und Medienschaffende in ihrer Arbeit nicht zu behindern und jede gegenteilige Handlung zu verhindern. Der Präsident erklärte, dass man die Gesetzgebung und den Rechtsrahmen vollständig an den EU-Aquis angepasst habe. Mit der kürzlichen Änderung des Strafgesetzbuchs sei der Schutz für Journalisten verbessert worden, was sowohl vom Europarat als auch von der Europäischen Union gelobt wurde. Zum Thema Medienfreiheit in Montenegro erklärte der Präsident, dass laut dem Bericht von Reporter ohne Grenzen eine deutliche Verbesserung stattgefunden habe. Das Land sei von Platz 63 auf Platz 39 aufgestiegen, was die legislativen und institutionellen Veränderungen der letzten Jahre reflektiere. Eine Herausforderung blieben jedoch die ungelösten Fälle von Angriffen und Morden an Journalisten. Er erwarte, dass die neuen Mitarbeitenden im Justizsystem zur Aufklärung auch älterer Fälle beitragen und greifbare Ergebnisse liefern würden.

## **2. Zweite Teilsession vom 15. bis 19. April 2024**

Liechtenstein wurde an der zweiten Sessionswoche des Jahres durch die Abgeordneten Franziska Hoop (Delegationsleiterin) und Peter Frick sowie die stv. Abgeordneten Hubert Büchel und Thomas Hasler in Strassburg vertreten. Sie wurden unterstützt von der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger. Es war die zweite Sessionswoche während dem Vorsitz von Liechtenstein im Ministerkomitee.

### **Schwerpunkte der Teilsession**

#### Ansprache von S.D. Erbprinz Alois

Im Rahmen des Vorsitzes sprach S. D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein vor der Versammlung. In seiner Ansprache ging er auf die Bedeutung von Kleinstaaten in multilateralen Organisationen wie dem Europarat ein. Insbesondere für geografisch kleinere Staaten wie Liechtenstein sei die Mitgliedschaft und die wertvolle Mitarbeit in multilateralen Organisationen ein Ausdruck ihrer Souveränität. Der Beitritt Liechtensteins zum Europarat im Jahr 1978 habe es dem Land ermöglicht, an Diskussionen teilzunehmen und aktiv zum Schutz der Menschenrechte, Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in ganz Europa beizutragen und auf diese Weise die Souveränität des Landes und die internationale Anerkennung als unabhängiger Staat zu stärken.

Er betonte, dass sich aggressive Machtpolitik nicht durchsetzen dürfe und dass diejenigen, die die auf Regeln basierende internationale Ordnung infrage stellten, zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

Ebenfalls begrüsst er die Einrichtung des Schadensregisters für die Ukraine als einen ersten wichtigen Schritt, den der Europarat unternommen habe, um die Rechenschaftspflicht für die russische Aggression gegen die Ukraine sicherzustellen. Es sei von entscheidender Bedeutung, dass das Verbrechen der Aggression untersucht und strafrechtlich verfolgt werde und dass alle Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

### Neuer liechtensteinischer Richter für den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gewählt

Die Versammlung wählte Alain Chablais zum neuen Richter des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte für Liechtenstein. Er wird sein Richteramt mit einer Amtszeit von neun Jahren am 1. September 2024 beginnen. Alain Chablais wurde aus einer von Liechtenstein eingereichten Liste mit drei Kandidaten im zweiten Wahlgang gewählt. Er erhielt im zweiten Wahlgang 79 der total gültigen 130 Stimmen.

### Der Antrag von Kosovo auf Mitgliedschaft im Europarat

Die Versammlung diskutierte in einer mehrstündigen Debatte eine Stellungnahme zum Beitrittsantrag von Kosovo zum Europarat. Die verabschiedete Entschliessung empfiehlt dem Ministerkomitee Kosovo zur Mitgliedschaft im Europarat einzuladen. Kosovo hatte sich im Mai 2022 um die Mitgliedschaft beworben und hat bereits seit 2016 Beobachterstatus in der Parlamentarischen Versammlung. Gemäss den Verfahren des Europarats muss die Versammlung zunächst eine Stellungnahme zu jedem Beitrittsantrag abgeben, bevor das Ministerkomitee eine endgültige Entscheidung trifft. Der Stellungnahme war ein Rechtsgutachten vorausgegangen, welches dem Rechtsbestand Kosovos weitgehende Übereinstimmung mit den Werten des Europarats attestierte und die direkte Anwendbarkeit der Europäischen Menschenrechtskonvention und anderer Kernkonventionen bestätigte.

Die Parlamentarische Versammlung beschloss ab dem Beitritt die Erfüllung einer umfangreichen Liste von Pflichten und Verpflichtungen zu überwachen. Dazu zählt insbesondere die Einrichtung eines Verbandes der Gemeinden mit serbischer Mehrheitsbevölkerung, um den Schutz der Rechte der Kosovo-Serben zu gewährleisten. Die Versammlung begrüsst die Umsetzung des Urteils des Verfassungsgerichts im Fall des Klosters Visoki Dečani als wichtigen Durchbruch.

Weiter erklärte die Versammlung, dass die Mitgliedschaft von Kosovo im Europarat zu einer Stärkung der Menschenrechtsnormen führen werde, da mit dem Beitritt Kosovos zum Europarat allen Personen im Kosovo der Zugang zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte garantiert werde. Das Ministerkomitee muss einem allfälligen Beitritt Kosovos mit einer Zweidrittelmehrheit zustimmen.

### **Von der Versammlung behandelte Vorlagen**

#### Die Unterstützung des Wiederaufbaus der Ukraine mit einer Ansprache von Ruslan Stefanchuk, Präsident der Werchowna Rada der Ukraine

Anlässlich der Debatte über die Unterstützung des Wiederaufbaus der Ukraine sprach Ruslan Stefanchuk vor der Versammlung. Er sagte, dass nun die Zeit gekommen sei, um offene und ehrliche Bewertungen vorzunehmen, es sei die Zeit für rasche Handlungen und Entscheidungen. Es sei Zeit für eine verantwortungsvolle Führung und sich für einen entschlossenen und vereinten Widerstand gegen den russischen Terror zu entscheiden.

Die verabschiedete Entschliessung fordert die Einsetzung eines internationalen Entschädigungsmechanismus unter der Schirmherrschaft des Europarats, um die Schäden, die den natürlichen und juristischen Personen, einschliesslich des ukrainischen Staates, aufgrund der völkerrechtswidrigen Handlungen der Russischen Föderation bei ihrer Invasion in die Ukraine entstanden sind, umfassend anzugehen. Weiter fordert sie die Einsetzung einer internationalen Forderungskommission unter der Schirmherrschaft des Europarats, um die in dem Register verzeichneten Schäden zu unterstützen.

Weiter erinnerte die Versammlung daran, dass der Europarat mit seiner Bekundung der Solida-

rität mit der Ukraine und ihrer Bevölkerung und dem Ausschluss Russlands aus der Organisation eine Vorreiterrolle übernommen und das Büro des Schadensregisters zur Erfassung von Schäden, Verlusten oder Verletzungen, welche die Ukraine erlitten hat, unter liechtensteinischem Vorsitz Ende März in Kiew eröffnet hat.

Der stv. Abgeordnete Hubert Büchel unterstützte in seinem Votum sowohl die Einrichtung des Schadensregisters als auch die Einrichtung eines Entschädigungsmechanismus. Allerdings müssten zuerst noch einige Fragen im Zusammenhang mit der Beschlagnahme und Verwendung eingefrorener Vermögenswerte geklärt und auf mehreren Ebenen diskutiert werden. Die Einhaltung von Rechtsnormen und Standards sei unerlässlich und müsse geklärt werden, bevor konkrete Schritte zur Einrichtung eines Entschädigungsmechanismus unternommen werden können.

#### Der Schutz von Kindern vor Gewalt im Internet

Die Versammlung diskutierte einen Bericht und fordert Gesetze, die Kinder schützen, indem sie ihre Exposition gegenüber schädlichen Online-Inhalten verringern und gleichzeitig ihre Möglichkeiten, das Internet zu nutzen, nicht einschränken. Die verabschiedete Entschliessung hält fest, dass das «Wohl des Kindes» bei der Gestaltung der Politik an erster Stelle stehen muss. Die Versammlung fordert die Regierungen auf: eine Altersüberprüfung auf Websites zu verlangen, die Waren oder Dienstleistungen anbieten, die nicht für Kinder bestimmt sind; schädliche «Deepfakes» zu verbieten und dafür zu sorgen, dass sie von digitalen Plattformen entfernt werden; schulische Programme zum Schutz von Kindern und zur Einbeziehung von Eltern und Betreuern einzuführen; Einführung einer umfassenden Sexualerziehung; Einrichtung von «Hash-Datenbanken» zur Identifizierung und Lokalisierung von Kindern, die sexuell ausgebeutet oder missbraucht werden.

Ebenfalls sollten die Regierungen mit den Akteuren der Technologiebranche zusammenarbeiten, um Strategien zur Bekämpfung von Cybermobbing, Belästigung und Online-Hass zu entwickeln und standardmässige Sicherheitsfunktionen in Produkte für Kinder einzubauen. Die Versammlung forderte die Staaten, die dies noch nicht getan haben, auf, den Konventionen des Europarats zum Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch und zur Bekämpfung der Internetkriminalität beizutreten und Informationen über Fälle von sexuellem Missbrauch von Kindern über Interpol auszutauschen.

Die Abgeordnete Franziska Hoop unterstrich in ihrem Votum, dass Kindern aufgrund ihrer besonderen Vulnerabilität und Bedürfnissen ein eigenständiger Status in unserer Gesellschaft zukommen müsse. Daher müsse ihr Schutz auch in besonderer Weise online gewährleistet werden. Der Europarat biete dazu einschlägige Rechtsrahmen wie die EMRK und die Lanzarote-Konvention. Die Europaratskonvention zu künstlicher Intelligenz stelle eine wichtige Ergänzung in diesem Bereich dar. Weiter führte sie aus, dass die Einhaltung des rechtlichen Rahmens von ebenso grosser Bedeutung sei. Online-Plattformen – insbesondere Social Media – stehen hier besonders in der Verantwortung. Schädliche Inhalte müssten zielgerichteter gelöscht und Kommentare kompetenter moderiert werden. Auch einflussreiche Unternehmen müssten sich an die Gesetzgebung halten und sollten für Verletzungen zur Verantwortung gezogen werden.

#### Auf dem Weg zu Strategien des Europarats für gesunde Meere und Ozeane als Antwort auf die Klimakrise

Anlässlich der Debatte erklärte die Versammlung, dass die Meere und Ozeane unseres Planeten komplexe Ökosysteme sind, die für die Erhaltung der biologischen Vielfalt und den Lebensunterhalt der Menschen sowie für die Regulierung des globalen Klimas von entscheidender Bedeutung sind. Die verabschiedete Entschliessung ruft die Mitgliedstaaten unter anderem dazu auf, den Bemühungen zum Schutz der Meeresökosysteme im Einklang mit den Zielen für

nachhaltige Entwicklung (SDGs) der Vereinten Nationen, insbesondere SDG 14, das sich auf die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Ozeane, Meere und Meeresressourcen konzentriert, Priorität einzuräumen.

Der stv. Abgeordnete Thomas Hasler hielt fest, dass die sogenannte triple planetary crisis – Umweltverschmutzung, Klimawandel und der Verlust der Biodiversität – eines der akutesten Probleme unserer Welt sei. Diese Krise müsse durch koordinierte multilaterale Zusammenarbeit gelöst werden, da sie vor Landesgrenzen keinen Halt mache. Liechtenstein gehöre zu den Staaten, die das Recht auf eine sichere, saubere und gesunde Umwelt bisher zwar politisch, aber nicht rechtlich anerkenne. Die Diskussion über die formelle Anerkennung des Rechts sowie über die noch bestehenden definitorischen Herausforderungen und offenen Fragen verfolge Liechtenstein aufmerksam.

#### Weitere von der Versammlung behandelte Vorlagen

- Dringlichkeitsdebatte: Der Tod von Alexej Nawalny und die Notwendigkeit, dem totalitären Regime von Wladimir Putin und seinem Krieg gegen die Demokratie entgegenzutreten
- Dringlichkeitsdebatte: Die willkürliche Inhaftierung von Wladimir Kara-Murza und die systematische Verfolgung von Kriegsgegnern in der Russischen Föderation und in Belarus
- Dringlichkeitsdebatte: Entwurf eines Rahmenübereinkommens über künstliche Intelligenz, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
- Einbeziehung des Menschenrechts auf eine sichere, saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt in den Reykjavík-Prozess
- Die Stärkung der Perspektive junger Menschen bei der Arbeit der Parlamentarischen Versammlung
- Sanktionen gegen Personen auf der «Kara-Murza-Liste»
- Aktualitätsdebatte: Reaktion auf die humanitäre Katastrophe in Gaza und Verhinderung einer weiteren Eskalation im Nahen Osten nach dem jüngsten iranischen Angriff auf Israel
- Förderung des überarbeiteten Kodex für bewährte Verfahren bei Referenden
- Das Verhältnis zwischen parlamentarischer Mehrheit und Opposition in einer Demokratie
- Die Einhaltung der Pflichten und Verpflichtungen durch Albanien
- Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit von LGBTI-Personen in Europa

#### **Redebeiträge in der Plenarversammlung**

##### Ansprache von Dominique Hasler, Aussenministerin von Liechtenstein und Vorsitzende des Ministerkomitees

Aussenministerin Hasler sprach im Rahmen des liechtensteinischen Vorsitzes in ihrer Rolle als Vorsitzende des Ministerkomitees. Dabei sprach sie über die Prioritäten des Vorsitzes und wies auf die Notwendigkeit der kontinuierlichen Unterstützung der Ukraine hin.

Sie erinnerte an die am 23. März 2024 in Kiew eröffnete Zweigstelle des Schadensregisters. Das Büro spiele eine wichtige Rolle bei der Koordinierung des Informationsaustauschs mit anderen internationalen Organisationen, ukrainischen Behörden und zivilgesellschaftlichen Organisationen, insbesondere beim Austausch von Beweismitteln. Am 2. April 2024 habe das Schadensregister offiziell das Verfahren zur Einreichung von Entschädigungsanträgen eröffnet. Der liechtensteinische Vorsitz werde sich weiterhin für mehr Beitritte zum Register einsetzen und Nichtmitgliedstaaten dazu ermutigen, sich den Anstrengungen zur Gewährleistung von Gerechtigkeit anzuschliessen.

Weiter würdigte die Aussenministerin Alexej Nawalny. Das Ministerkomitee habe dringend eine wirksame Untersuchung seines Todes durch eine internationale, unabhängige und unpartei-



ische Untersuchungskommission gefordert. Darüber hinaus werde die Arbeit fortgesetzt, insbesondere mit anderen internationalen Organen, um Russland an seine unbedingte rechtliche Verpflichtung zur Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu erinnern.

Zu den weiteren Prioritäten des Vorsitzes zählten die Qualität von Informationen und nachhaltigem Journalismus im Digitalzeitalter, die weltweite Abschaffung der Todesstrafe und künstliche Intelligenz. Das Rahmenübereinkommen des Europarats über künstliche Intelligenz werde auf der Tagesordnung der Sitzung des Ministerkomitees am 17. Mai 2024 stehen.

Weiter erklärte die Aussenministerin, dass der diesjährige 75. Jahrestag der Gründung des Europarats eine wichtige Gelegenheit darstelle, das gemeinsame Engagement für den Multilateralismus sowie für die Grundsätze der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit zu demonstrieren. In diesem Zusammenhang organisiere der liechtensteinische Vorsitz eine Jugendveranstaltung, die es interessierten Jugendlichen aus ganz Europa ermöglichen soll, sich in die Arbeit der Organisation einzubringen.

Der Abgeordnete Peter Frick wollte von der Aussenministerin erfahren, welchen Standpunkt das Ministerkomitee zur Lösung des Problems der Nichtteilnahme der PACE-Delegation von Aserbaidschan vertritt. Die Aussenministerin erklärt, dass seit dem Beitritt Aserbaidschans zum Europarat im Jahr 2001 sowohl Aserbaidschan von der Unterstützung des Europarats bei seinem demokratischen Übergang als auch der Europarat von der Erhöhung seiner Reichweite profitiert haben. Es handle sich um eine für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit mit offenem Ausgang und es seien ernsthafte Verbesserungen und Reformen erforderlich.

#### Weitere Redebeiträge

- Mihail Popșoi, Stellvertretender Ministerpräsident und Aussenminister der Republik Moldau
- Marija Pejčinović Burić, Generalsekretärin des Europarats

### **3. Sitzung des Ständigen Ausschusses am 23. und 24. Mai 2024 in Vilnius**

Der Ständige Ausschuss führt die Geschäfte der Versammlung zwischen den Sessionen und stellt somit die Kontinuität ihrer Tätigkeit sicher. Ihm gehören der Präsidenten, die Vizepräsidenten, alle nationalen Delegationsleiterinnen und Delegationsleiter, die Vorsitzenden der Politischen Fraktionen sowie die Ausschussvorsitzenden an. Ebenfalls nahmen die Generalsekretärin der Versammlung und Mitarbeitende des Europarats sowie der Parlamentarier an der Sitzung in Vilnius teil. Liechtenstein wurde vom Abgeordneten Peter Frick sowie der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. In Vilnius waren rund 100 Personen an der Sitzung anwesend.

Litauen übernahm am 17. Mai den sechsmonatigen Vorsitz im Ministerkomitee von Liechtenstein. Somit war das litauische Parlament für die Organisation der Sitzung des Ständigen Ausschusses verantwortlich. Die Sitzung wurde vom Präsidenten der Versammlung Theodoros Rousopoulos eröffnet. Anschliessend sprachen die litauische Parlamentspräsidentin Viktorija Čmilytė-Nielsen sowie das erste Staatsoberhaupt Litauens nach der Unabhängigkeit Professor Vytautas Landsbergis. Im Rahmen des litauischen Vorsitzes fand ein Meinungsaustausch mit dem litauischen Aussenminister Gabrielius Landsbergis statt. Dieser stellte die Prioritäten des litauischen Vorsitz vor und stellte sich den Fragen der Abgeordneten. Dabei wurde mehrmals die erfolgreich abgeschlossene Vorsitzzeit Liechtensteins hervorgehoben.

Der Ständige Ausschuss führte eine Aktualitätsdebatte zum Thema «Die jüngsten Herausforderungen für die Demokratie in Georgien» und konzentrierte sich dabei auf die umstrittene Ver-

abschiedung des Gesetzes über die Transparenz ausländischer Einflussnahme durch das georgische Parlament und die damit ausgelösten Massenproteste in Tiflis. Dazu sprachen die PACE-Berichterstatterin für das Monitoring Georgiens, der Präsident des georgischen Parlaments sowie die Vizepräsidentin der Venedig-Kommission. Eine zweite Aktualitätsdebatte fand zu «Der 75. Jahrestag des Europarats: Wie kann die Beteiligung aller Europäer an der Zukunft unserer Organisation sichergestellt werden?» statt.

Die folgenden Berichte wurden debattiert und Entschliessungen dazu versabschiedet:

- Die Beendigung der Inhaftierung sozial unangepasster Personen
- Kinder in der Arbeitswelt: Abschaffung schädlicher Kinderarbeit
- Kulturelles Erbe und Klimawandel
- Hochwertige Bildung für Kinder mit besonderem Bildungsbedarf: Herausforderungen durch Pandemie, Krieg und Digitalisierung

Ebenfalls gab die belarussische Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja eine Erklärung zur aktuellen Situation in Belarus ab.

Im Rahmen des Treffens fand eine vom litauischen Parlament und dem Sekretariat der Versammlung organisierte Podiumsdiskussion zu den «Sanktionen gegen die Russische Föderation und Unternehmen, die bei der Steuerhinterziehung helfen» statt. Dabei kamen Experten zu Wort, die verschiedene Ansichten zu diesem Thema darlegten. Ziel der Veranstaltung war es, einen umfassenden Überblick über die bestehenden Sanktionen gegen die Russische Föderation zu geben und deren Auswirkungen und Wirksamkeit zu analysieren. Weiter wurden wirksame Mechanismen zur Überwachung der Einhaltung der Sanktionen und zur Verhinderung ihrer Umgehung erörtert. Darüber hinaus wurde in der Diskussion die Rolle der Parlamente hervorgehoben, die sicherstellen, dass die Sanktionen ordnungsgemäss umgesetzt und die angestrebten Ziele erreicht werden.

#### **4. Dritte Teilsession vom 24. bis 28. Juni 2024**

Liechtenstein wurde an der dritten Sessionswoche des Jahres durch den Abgeordneten Peter Frick sowie den stv. Abgeordneten Thomas Hasler in Strassburg vertreten. Sie wurden unterstützt von der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger. Nach Abschluss der einjährigen Renovationsarbeiten konnte die Versammlung vom Plenarsaal des Europäischen Parlaments in den Hemicycle des Palais de l'Europe zurückkehren.

##### **Schwerpunkte der Teilsession**

###### Wahl des Generalsekretärs des Europarats

Die Versammlung wählte den ehemaligen Schweizer Bundesrat Alain Berset zum neuen Generalsekretär des Europarats. Seine fünfjährige Amtszeit begann am 18. September 2024. Er folgt auf Marija Pejčinović Burić. Im zweiten Wahlgang erhielt Alain Berset 114 von 245 gültigen Stimmen und damit die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Die beiden anderen Kandidaten, Indrek Saar (Estland) und Didier Reynders (Belgien), erhielten jeweils 85 bzw. 46 Stimmen. Mit Alain Berset steht erstmals ein Schweizer an der Spitze des Europarats. Die liechtensteinische Delegation führte im Vorfeld der Wahl mit allen drei Kandidaten Gespräche.

###### Erster Vigdís-Preis für die Stärkung der Rolle der Frauen verliehen

Mit dem Vigdís-Preis werden herausragende Initiativen zur Förderung der Stärkung der Rolle der Frauen in ihrer ganzen Vielfalt in Europa und darüber hinaus ausgezeichnet. Die Versammlung hat den ersten Vigdís-Preis an das Irida Frauenzentrum in Griechenland verliehen. Das

Frauenzentrum ist eine lokale Nichtregierungsorganisation, die sich für positive Veränderungen im Leben von Frauen einsetzt, die mit Armut, sozialer Ausgrenzung und geschlechtsspezifischer Gewalt konfrontiert sind. Anlässlich der Preisübergabe sprach auch der isländische Präsident Guðni Th. Jóhannesson. Das Siegerprojekt wurde von einem sechs köpfigen Panel unter dem Vorsitz des Präsidenten der Versammlung aus über 120 Bewerbungen aus der ganzen Welt ausgewählt.

Der Preis ist eine gemeinsame Initiative der isländischen Regierung und der Versammlung und würdigt die ehemalige isländische Präsidentin Vigdís Finnbogadóttir, die 1980 als erste Frau der Welt zum Staatsoberhaupt eines Landes gewählt wurde. Der Preis ist mit EUR 60'000 dotiert. Anlässlich der Sitzung des Ständigen Ausschusses am 27. und 28. November 2023 in Vaduz fand eine Podiumsdiskussion zum Vigdís-Preis statt. Seitens Liechtenstein nahmen Bernadette Kubik-Risch und Wilfried Marxer an der interaktiven Diskussion teil. Die Sonderveranstaltung im Rahmen des liechtensteinischen Vorsitzes würdigte den Preis und rief zur Nominierung von Kandidatinnen und Kandidaten für die erste Ausgabe auf.

#### Festakt zum 75. Jubiläum der Gründung des Europarats

Die Session begann mit einer kurzen Zeremonie zum 75. Jahrestag des Europarats. Dazu dirigierte der österreichische Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka ein Kammerorchester bei der Aufführung der «Ode an die Freude». Anschliessend richtete er seine Worte an die Versammlung.

#### **Von der Versammlung behandelte Vorlagen**

##### Gemeinsame Debatte: Rechtliche und menschenrechtliche Aspekte des Angriffs der Russischen Föderation auf die Ukraine; Die Rolle von Sanktionen bei der Bekämpfung des Angriffskriegs der Russischen Föderation gegen die Ukraine; Die Bekämpfung des Auslöschens von kultureller Identität in Kriegs- und Friedenszeiten

Anlässlich einer gemeinsamen Debatte zur Ukraine erklärte die Versammlung, dass ein Sondergericht, das durch ein Übereinkommen zwischen dem Europarat und der Ukraine geschaffen und durch Nichtmitgliedstaaten und andere internationale Organisationen offenstehendes erweitertes Teilabkommen unterstützt wird, im Hinblick auf die Rechtsgrundlage und die politische Legitimität die beste Option sei, um Russlands politische und militärische Führung wegen des Verbrechens der Aggression vor Gericht zu stellen.

Die Versammlung drängte erneut auf die Beschlagnahmung und Umwidmung von russischem Staatsvermögen, um es in einen internationalen Entschädigungsfonds für die Ukraine zu überführen. Weiter forderte die Versammlung mittels Auflistung von Schiffen der «Schattenflotte» und entsprechenden Verboten, die Verstärkung der Exportkontrollen und die Rechenschaftspflicht von Muttergesellschaften für die Handlungen von Tochtergesellschaften, Lücken und Schlupflöcher bei bestehenden Sanktionen gegen Russland zu schliessen.

Die Versammlung verurteilte Russlands systematische Anstrengungen zur Auslöschung der ukrainischen kulturellen Identität. Dies seien Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, erklärten die Abgeordneten und unterstrichen die Notwendigkeit umfassender Reparationen zu gegebener Zeit.

Der Menschenrechtskommissar des Europarats, Michael O'Flaherty, der im Rahmen der Debatte seine erste Rede vor der Versammlung hielt, legte Prioritäten für die Verteidigung der Menschenrechte von Ukrainerinnen und Ukrainern dar.

### Dringlichkeitsdebatte: Herausforderungen für die Demokratie in Georgien

Die Versammlung diskutierte einen Bericht über die aktuellen Entwicklungen in Georgien in Zusammenhang mit dem kürzlich verabschiedeten Gesetz über die Transparenz ausländischer Einflussnahme. Sie äusserste sich tief besorgt über die jüngsten Ereignisse in Georgien. Diese weckten Zweifel am Bekenntnis des Landes zu internationalen demokratischen Normen und zur euroatlantischen Integration sowie an seiner Bereitschaft die Verpflichtungen aus der Mitgliedschaft im Europarat zu erfüllen.

Die Versammlung ist der Ansicht, dass das neue Gesetz unvereinbar mit den europäischen Demokratie- und Menschenrechtsnormen sei und ohne Verzögerung gänzlich aufgehoben werden sollte. In der verabschiedeten Entschliessung äussert die Versammlung ihre tiefe Besorgnis über die übermässige und unverhältnismässige Anwendung von Gewalt durch die Polizei und die gewalttätigen Angriffe und Einschüchterungskampagnen gegen Demonstrierende, Aktivisten der Zivilgesellschaft, Journalisten und Abgeordnete und rief die Behörden dazu auf, die Sicherheit aller Demonstrierenden zu wahren und zu schützen. Die Versammlung äusserte auch ihre Sorge über die verabschiedeten Änderungen des Rechtsrahmens für Wahlen, ungeachtet der gegenteiligen Empfehlung der Venedig-Kommission. Die Versammlung bekräftigte ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zum konstruktiven und offenen Dialog mit den Behörden sowie mit allen anderen politischen Kräften und allen Bereichen der georgischen Gesellschaft.

### Weitere von der Versammlung behandelte Vorlagen

- Die Änderung verschiedener Bestimmungen der Geschäftsordnung der Versammlung
- Die Stärkung der Demokratie durch partizipative und deliberative Prozesse
- Der Schutz von Menschenrechtsaktivistinnen in Europa
- Die Gewährleistung von menschenrechtskonformen Asylverfahren
- Entschädigungs- und Versöhnungsprozesse zur Überwindung vergangener Konflikte und zum Aufbau einer gemeinsamen friedlichen Zukunft – die Frage gerechter und ausgleichender Wiedergutmachung
- Die Einhaltung der Pflichten und Verpflichtungen durch Armenien
- Ein dringender Aufruf an Europa und seine Partnerländer zur Planung sofortiger und langfristiger politischer Lösungen und Unterstützungsmassnahmen für vertriebene Ukrainerinnen und Ukrainer
- Die Forderung der Rückgabe von Varosha an seine rechtmässigen Einwohner
- Zeit nach Konflikten: Entschärfung tickender Zeitbomben für eine sichere Rückkehr der Vertriebenen
- Aktualitätsdebatte: Der Krieg in Gaza: Die Freilassung der Geiseln, die Umsetzung eines sofortigen Waffenstillstands und die Bereitstellung von humanitärer Hilfe
- Aktualitätsdebatte: Kann der Europarat seine Bemühungen verstärken, um den Bedrohungen der Meinungsfreiheit entgegenzuwirken?
- Der Schutz der Menschenrechte für zukünftige Generationen

### **Redebeiträge in der Plenarversammlung**

#### Ansprache von Gabrielius Landsbergis, litauischer Aussenminister und Vorsitzender des Ministerkomitees

Litauen übernahm am 17. Mai den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats von Liechtenstein. Anlässlich der Sommersession präsentierte Gabrielius Landsbergis die Prioritäten des halbjährigen litauischen Vorsizes. Im Fokus standen Massnahmen zur Lage in der Ukraine: Die aktive Beteiligung am Schadensregister, die sichere Rückkehr der nach Russland verschleppten

ukrainischen Kinder und die Schaffung eines Sondergerichtshofs wegen des Verbrechens der Aggression. Über die Ukraine hinaus wolle die litauische Präsidentschaft u.a. die Implementierung der EGMR-Urteile und der Konvention über Künstliche Intelligenz vorantreiben.

Der Abgeordnete Peter Frick wollte vom Vorsitzenden Details über den «Council of Europe Information Point for Belarus» in Vilnius erfahren. Landsbergis führte aus, dass Litauen und insbesondere Vilnius zu einem Zentrum geworden ist, in dem Vertreter der Opposition aus Russland und Belarus Zuflucht vor Verfolgung finden und ihre Aktivitäten fortsetzen können. Die Eröffnung der Informationsstelle für die belarussische Bevölkerung in Vilnius würde zur Förderung der europäischen Werte, der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in der demokratischen Zivilgesellschaft von Belarus beitragen. Er hoffe, dass die Informationsstelle bald in das Tätigkeitsprogramm des Europarats aufgenommen werde.

#### Weitere Redebeiträge

- Volker Türk, Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte
- Michael O'Flaherty, Menschenrechtskommissar des Europarats
- Marija Pejčinović Burić, Generalsekretärin des Europarats

#### **Besondere Anlässe**

##### Olympisches Feuer im Hemicycle

Einige Wochen vor dem Start der olympischen Spiele in Paris wurde das olympische Feuer im neu renovierten Plenarsaal des Europarats empfangen. Es war das erste Mal, dass das olympische Feuer in die Räumlichkeiten eines Parlaments einzog. Die Fackel kam auf ihrem Weg nach Paris durch Strassburg und wurde von verschiedenen Sportlerinnen und Sportlern getragen.

#### **5. Vierte Teilsession vom 30. September bis 4. Oktober 2024**

Liechtenstein wurde an der vierten Sessionswoche durch die Abgeordnete Franziska Hoop sowie den stv. Abgeordneten Hubert Büchel in Strassburg vertreten. Sie wurden unterstützt von der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger. Da die Oktober-Landtagssitzung in derselben Woche stattfand, konnte die Delegation nicht an der ganzen Sessionswoche teilnehmen.

#### **Schwerpunkte der Teilsession**

##### Václav-Havel-Menschenrechtspreis verliehen

Die 12. Verleihung des Václav-Havel-Menschenrechtspreises, mit dem weltweit herausragende Menschenrechtsverteidiger geehrt werden, war einer der Höhepunkte der Herbstsession. Der mit EUR 60'000 dotierte Preis für herausragende zivilgesellschaftliche Aktivitäten zur Verteidigung der Menschenrechte wurde dieses Jahr an María Corina Machado verliehen. Die Preisträgerin ist eine führende politische Persönlichkeit in Venezuela, die Menschenrechtsverletzungen in ihrem Land anprangert und sich für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzt. Sie ist Mitbegründerin der venezolanischen Freiwilligenorganisation «Súmate» für bürgerliche und politische Freiheit, Rechte und Bürgerbeteiligung. Der Preis wurde von Theodoros Rousopoulos, dem Präsidenten der Versammlung, an Corina Machado's Tochter übergeben. Der Präsident unterstrich in seiner Rede, dass derzeit sechs der elf ehemaligen Gewinner des Václav-Havel-Menschenrechtspreises in Haft sind und er forderte ihre sofortige Freilassung.

Im Rahmen der Zeremonie sprach auch der russische Oppositionsführer und Václav-Havel-

Menschenrechtspreisträger Wladimir Kara-Murza, der zum Zeitpunkt der Verleihung des Menschenrechtspreis im Jahr 2022 in Russland inhaftiert war. Er wurde im August dieses Jahres im Rahmen eines Gefangenen austauschs freigelassen. In seiner Rede vor der Versammlung brachte er seinen grossen Respekt für die diesjährigen Nominierten zum Ausdruck und würdigte die ehemaligen Preisträger, die für die Tatsache, dass sie eine andere Meinung als ihre Regierung vertreten immer noch in Gefangenschaft sind. Er unterstrich, dass alle weiterhin für ihre Freilassung und die aller zu Unrecht inhaftierten Menschen auf der ganzen Welt kämpfen müssen. Er schloss, dass ein demokratisches Russland die besten Aussichten auf langfristige Sicherheit, Stabilität und Demokratie auf unserem Kontinent, auf ein gemeinsames, freies und friedliches Europa bietet.

### **Von der Versammlung behandelte Vorlagen**

#### Die Inhaftierung von Julian Assange und ihre abschreckende Wirkung auf die Menschenrechte

Die Versammlung diskutierte den Bericht und hat ihre tiefe Besorgnis über die unverhältnismässig harte Behandlung von Julian Assange zum Ausdruck gebracht und erklärte, dass dies einen gefährlichen Abschreckungseffekt habe, welcher den Schutz von Journalistinnen und Journalisten sowie Whistleblowern auf der ganzen Welt untergrabe. Die verabschiedete Entschliessung erklärt, dass die Behandlung von Julian Assange seine Einstufung als «politischer Gefangener» gemäss der 2012 beschlossenen Definition rechtfertige. Sie verwies auf die schweren Anklagen, die von den Vereinigten Staaten von Amerika gegen ihn erhoben wurden und die ihn einer möglichen lebenslangen Haftstrafe aussetzen, in Verbindung mit seiner Verurteilung nach dem US-Spionagegesetz für das, was im Wesentlichen die Sammlung und Veröffentlichung von Nachrichten war.

Die Entschliessung fordert die USA, einen Beobachterstaat des Europarats, auf, die von Julian Assange und Wikileaks aufgedeckten Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen. Weiter fordert sie die USA auf, das Spionagegesetz von 1917 dringend zu reformieren, um seine Anwendung auf Verleger, Journalisten und Informanten auszuschliessen, die Verschlussachen in der Absicht weitergeben, die Öffentlichkeit auf schwere Verbrechen aufmerksam zu machen.

Ebenfalls hält die Entschliessung fest, dass die britischen Behörden es versäumt hätten, das Recht auf freie Meinungsäusserung und das Recht auf Freiheit von Julian Assange wirksam zu schützen, indem sie ihn trotz des politischen Charakters der schwersten Anschuldigungen gegen ihn einer langen Haft in einem Hochsicherheitsgefängnis aussetzten. Seine Inhaftierung überschreite bei weitem die für eine Auslieferung akzeptable Dauer.

Die Versammlung diskutierte den Bericht über Julian Assange nach einer vom Ausschuss für Recht und Menschenrechte organisierten Anhörung mit der Beteiligung von Julian Assange, Stella Assange und Kristinn Hrafnsson, Chefredakteur von WikiLeaks. Es war die erste öffentliche Stellungnahme von Julian Assange seit seiner Entlassung aus der Haft im Vereinigten Königreich vor vier Monaten. Nach den Ausführungen ging er auf die zahlreichen Fragen der Abgeordneten ein.

Vor der Anhörung von Julian Assange fand ein bilaterales Gespräch der liechtensteinischen Delegation mit den juristischen Vertretern von Herrn Assange, darunter seine Anwältin Stella Assange, statt, um sich umfassend und detailliert über die Hintergründe der Thematik zu informieren.

#### Die Entwicklungsbank des Europarats und die Umsetzung der Erklärung von Reykjavík

Der stv. Abgeordneter Hubert Büchel begrüsst den Auftrag der Europäischen Entwicklungsbank, sich auf die soziale Dimension des Klimawandels und der Umweltzerstörung zu konzent-

rieren und den Wiederaufbau in der Ukraine zu unterstützen. Der liechtensteinische Landtag habe in Solidarität zusätzliche EUR 1,9 Mio. humanitäre und Entwicklungsprojekte in der Ukraine und ihren Nachbarländern bereitgestellt. Weiter beglückwünschte er die Entwicklungsbank zu ihrem umsichtigen Finanzmanagement, zur Wiedererlangung ihres Top-Ratings und zur massgeschneiderten Unterstützung ihrer Mitglieder, insbesondere während der Pandemie und bei Naturkatastrophen. Weiter unterstrich er, dass die Entwicklungsbank ihre Arbeit für einen sozial gerechten und integrativen Übergang der Wirtschaft in eine grünere Zukunft fortsetzen solle. Sie solle Projekte in diesem Bereich finanzieren und zu einer Ausweitung der nationalen und internationalen Investitionsbemühungen beitragen.

#### Propaganda und Informationsfreiheit in Europa

Der stv. Abgeordnete Hubert Büchel betonte, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung eine wichtige Säule demokratischer Gesellschaften sei und mit ganzheitlichen Strategien geschützt werden müsse. Ziel sei es, der Bevölkerung zu ermöglichen, sich umfassend zu informieren und das Vertrauen in demokratische Institutionen zu stärken - und zwar nicht nur vor Wahlen. Er wies darauf hin, dass Massnahmen gegen Propaganda, die die öffentliche Meinung manipulieren und gesellschaftliche Spaltungen vertiefen könnten, mit äusserster Sorgfalt umgesetzt werden müssten. Es dürfe nicht dazu kommen, dass kritische Stimmen oder die Opposition zum Schweigen gebracht würden. Bei der Bekämpfung von Propaganda sei daher ein sorgfältiges Gleichgewicht zwischen Legalität, Legitimität und Verhältnismässigkeit dringend erforderlich.

#### Weitere von der Versammlung behandelte Vorlagen

- Gewalt und Diskriminierung gegen lesbische, bisexuelle und queere Frauen in Europa verhindern und bekämpfen
- Der Schutz der Menschenrechte und die Verbesserung der Lebensqualität von Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern sowie
- Die Entwicklungsbank des Europarats und die Umsetzung der Erklärung von Reykjavík
- Das Menschenrecht auf Nahrung garantieren
- Die Einhaltung der Pflichten und Verpflichtungen durch Bosnien und Herzegowina
- Aufruf zur Klärung des Schicksals vermisster Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchender
- Propaganda und Informationsfreiheit in Europa
- Ein gemeinsamer europäischer Ansatz zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität
- Risiken und Chancen des Metaversums
- Gedenken an den 90. Jahrestag des Holodomor – die Ukraine steht erneut vor der Gefahr eines Völkermords
- Dringlichkeitsdebatte: Vermisste, Kriegsgefangene und Zivilisten in Gefangenschaft infolge des Angriffskriegs der Russischen Föderation gegen die Ukraine
- Aktualitätsdebatte: Verschlechterung der Lage der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie in Aserbaidschan
- Aktualitätsdebatte: Lage im Nahen Osten: Eskalation der Gewalt und zunehmende humanitäre Krise, insbesondere in Gaza

#### **Redebeiträge in der Plenarversammlung**

##### Ansprache von Alain Berset, Generalsekretär des Europarats

Der Generalsekretär unterstrich in seiner ersten Rede vor der Versammlung die entscheidende Rolle des Europarats, indem er den europäischen Bürgerinnen und Bürgern eine Zukunft in Frieden, Stabilität, Wohlstand, Sicherheit und Würde garantierte. Er machte Ausführungen

über die drei Prioritäten seiner Amtszeit: Unterstützung für die Ukraine, Massnahmen zur Neubelebung der Demokratie und Förderung der Einheit der europäischen Familie in all ihrer Vielfalt. Ein Aktionsplan zur Förderung der Demokratie, der darauf abzielt, die Kraft des demokratischen Prozesses neu zu beleben, kam ebenfalls zur Sprache sowie die Möglichkeit, regelmässig ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs zu veranstalten.

Die Abgeordnete Franziska Hoop überbrachte dem neuen Generalsekretär die Glückwünsche der liechtensteinischen Delegation. Es sei ein grosses Zeichen des Vertrauens in seine Fähigkeiten und Engagement für die Förderung von Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in Europa. Sie unterstrich, dass der Generalsekretär in einer Zeit bedeutender europäischer Herausforderungen sein neues Amt antrete. Sie sei überzeugt, dass dieser mit seiner Erfahrung und Führungsstärke den Europarat als zentrale Institution zur Wahrung grundlegender Werte stärken werde. Besonders in Zeiten politischer und gesellschaftlicher Spannungen sei die Arbeit des Europarats unverzichtbar, um den Dialog zwischen den Nationen zu fördern und die Rechte aller Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Sie wünschte dem Generalsekretär abschliessend viel Erfolg und zeigte sich zuversichtlich, dass er in seiner neuen Position wichtige Impulse setzen werde. Seine Amtszeit solle von Weitsicht, Dialog und starkem Engagement für den europäischen Zusammenhalt geprägt sein.

#### Weitere Redebeiträge

- Gabrielius Landsbergis, litauischer Aussenminister und Vorsitzender des Ministerkomitees
- Timčo Mucunski, Minister für auswärtige Angelegenheiten und Aussenhandel der Republik Nord Mazedonien
- Carlo Monticelli, Gouverneur der Entwicklungsbank des Europarats

## **6. Sitzung des Ständigen Ausschusses am 28. und 29. November 2024 in Luxemburg**

Luxemburg übernahm am 13. November den sechsmonatigen Vorsitz im Ministerkomitee von Litauen. Liechtenstein wurde an dieser Sitzung des Ständigen Ausschusses von der Abgeordneten Franziska Hoop sowie der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten.

Neben dem Präsidenten der Versammlung, den Vizepräsidenten, den nationalen Delegationsleiterinnen und Delegationsleiter, den Vorsitzenden der Politischen Fraktionen sowie den Ausschussvorsitzenden waren die Generalsekretärin der Versammlung sowie der Generalsekretär des Europarats anwesend. Insgesamt waren mehr als 100 Personen an der Sitzung anwesend.

Die Sitzung wurde vom Präsidenten der Versammlung Theodoros Rousopoulos eröffnet. Anschliessend richtete Claude Wiseler, Parlamentspräsident von Luxemburg, seine Grussworte an die Delegierten. Im Rahmen des luxemburgischen Vorsitzes im Ministerkomitee stellte Yuriko Backes, Verteidigungs-, Gleichstellungs-, sowie Verkehrsministerin von Luxemburg die Prioritäten des luxemburgischen Vorsitz vor.

Die folgenden Berichte wurden debattiert und verabschiedet:

- Wahlbeobachtungsmission über die Präsidentschaftswahlen in der Republik Moldau
- Wahlbeobachtungsmission über die Parlamentswahlen in Bulgarien
- Zivilgesellschaft und die PV: zu mehr Transparenz und Engagement

Der Ständige Ausschuss führte eine Aktualitätsdebatte zum Thema «Verschärfung der Repressionen in Aserbaidschan: Untergrabung der demokratischen Freiheiten und parlamentarischen Rechte». Die Diskussion verdeutlichte die Herausforderungen demokratischer Freiheiten in Osteuropa. Die Delegierten diskutierten über Repressionen und die Notwendigkeit, parlamen-



tarische Rechte zu schützen. Bei der zweiten Aktualitätsdebatte diskutierten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier über die Gefahr für die Demokratie durch ausländische Einmischung.

Im Rahmen des Treffens fand eine vom luxemburgischen Parlament und dem Sekretariat der Versammlung organisierte Podiumsdiskussion zu «Die Kulturstrassen des Europarats: eine Plattform für den interkulturellen Dialog» statt. Dabei kamen Experten zu Wort, die verschiedene Ansichten zu diesem Thema darlegten. Der Runde Tisch verfolgte das Ziel, einen konstruktiven Dialog und eine vertiefte Reflexion über die bedeutenden Potenziale der Kulturstrassen in Europa zu initiieren. Im Mittelpunkt standen dabei die umfassende Analyse der transformativen Dimension von Kulturstrassen, deren Rolle bei der Förderung des interkulturellen Dialogs sowie ihre zentrale Bedeutung für die Stärkung europäischer Identität. Ein Schwerpunkt lag auf der strategischen Entwicklung des erweiterten Teilabkommens über Kulturstrassen (EPA) sowie dem Wissenstransfer und dem Austausch von Best Practices.

Im Vorfeld fand ein Arbeitsfrühstück der Women@PACE der Versammlung statt. Gemeinsam mit Ihrer Königlichen Hoheit die Grossherzogin Maria Teresa von Luxemburg wurde über Gewalt gegen Frauen mit besonderem Augenmerk auf die Situation der Frauen in Afghanistan und den Einsatz sexueller Gewalt als Kriegswaffe diskutiert. Dabei wurde die gemeinnützige Initiative der Grossherzogin «Stand Speak Rise Up!» vorgestellt, die sich für die Rechte und den Schutz von Frauen in Konfliktgebieten einsetzt.

## **V. Zusammenarbeit**

Jeweils vor den Teilsessionen fanden Vorbereitungstreffen per Videokonferenz zwischen der Delegation und Botschafter Domenik Wanger sowie den Mitarbeitenden der Ständigen Vertretung in Strassburg statt. Anlässlich dieser Gespräche wurden die Delegationsmitglieder umfassend über die aktuellen Aktivitäten des Europarats sowie Liechtenstein relevante Themen informiert. Während den Teilsessionen vor Ort in Strassburg erfolgten Briefings durch den Botschafter und seine Mitarbeitenden zu den aktuellen Themen und Entwicklungen im Europarat. Des Weiteren unterhielt die Delegation im Berichtsjahr eine fortlaufende Kommunikation mit dem Ministerium für Äusseres und dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten, um einen koordinierten und abgestimmten Informationsaustausch zu gewährleisten.

## **VI. Kostenaufwand der Delegation**

Im Jahr 2024 beliefen sich die Reisekosten/Spesen der Delegation auf CHF 30'097 (Vorjahr CHF 24'842). Die Taggelder in derselben Zeitspanne beliefen sich auf CHF 38'400 (Vorjahr CHF 43'400). Für die Beitragskosten an den Europarat zeichnet sich die Regierung verantwortlich.

## **VII. Weitere Informationsquellen**

Ausführliche Informationen zu den Sessionen wie die Traktandenlisten, Berichte und Entschliessungen, Protokolle und Videoaufzeichnungen der Debatten sowie Abstimmungsergebnisse können auf der Homepage der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (<http://www.assembly.coe.int>) eingesehen werden.

## VIII. Schlusswort und Antrag

Das Jahr 2024 war erneut geprägt von bedeutenden internationalen Entwicklungen, die auch die Arbeit der Parlamentarischen Versammlung des Europarats stark beeinflusst haben. Der anhaltende Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die geopolitischen Spannungen im Nahen Osten sowie Fragen der Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in Europa standen im Mittelpunkt vieler Debatten. In diesen herausfordernden Zeiten ist es von besonderer Bedeutung, dass der Europarat als Hüter der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit seine zentrale Rolle wahrnimmt.

Unsere Delegation hat sich aktiv an den Diskussionen beteiligt, sei es durch Wortmeldungen, die Arbeit in Ausschüssen oder durch den kontinuierlichen Austausch mit Delegationen anderer Länder. Der Vorsitz Liechtensteins im Ministerkomitee des Europarats, den unser Land im November 2023 übernommen und bis Mai 2024 innehatte, stellte eine zusätzliche Verantwortung dar, die wir mit grossem Engagement wahrgenommen haben. Die enge Zusammenarbeit mit der Regierung und unseren Vertretungen in Strassburg war dabei von unschätzbarem Wert.

Besonders erfreulich war die Möglichkeit, in diesem Jahr ein Zeichen für die Stärkung der Rolle der Frau zu setzen. So hat der Landesausschuss dem Antrag unserer Delegation zugestimmt, einen freiwilligen Finanzbeitrag von CHF 5'000 an das Projekt «The Vigdís Prize for Women's Empowerment» der Versammlung des Europarats zu leisten. Dieses Engagement unterstreicht unsere klare Haltung zu den zentralen Werten des Europarats.

Die Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarats möchte sich herzlich für die wertvolle Unterstützung bedanken, die sie im Rahmen ihrer Arbeit erhält. Um stets über den aktuellen Stand der Themen mit Liechtenstein-Relevanz informiert zu sein, finden vor den Sessionen Vorbereitungssitzungen mit Botschafter Domenik Wanger und seinem Team statt. Dabei sind deren Einschätzungen, Hintergrundwissen und das Einbringen der Regierungsposition von grosser Bedeutung. Ein besonderer Dank gilt daher Botschafter Domenik Wanger, dem Ständigen Vertreter in Strassburg, der die Delegation stets herzlich empfangen hat, unsere Fragen stets ausführlich beantwortet und mit seinem fundierten Wissen sowie seinen Einschätzungen bei den Vorbereitungssitzungen eine grosse Unterstützung bietet. Ebenso danken wir Helen Lorez-Schweig, der stellvertretenden Ständigen Vertreterin in Strassburg, für ihr professionelles und engagiertes Einbringen der Positionen Liechtensteins zu den einzelnen Themen. Auch dem Team in der Vertretung wollen wir für ihre wertvolle organisatorische Unterstützung in Strassburg danken.

Ein besonderer und herzlicher Dank geht zudem an Sandra Gerber-Leuenberger, unsere Delegationssekretärin, die mit ihrer umfassenden Betreuung, ihrem unermüdlichen Einsatz und ihrer langjährigen Erfahrung eine unverzichtbare Stütze unserer Arbeit ist. Sie begleitet uns mit grosser Sorgfalt und Fachkompetenz durch sämtliche Phasen unserer Tätigkeit – von der akribischen Vorbereitungsarbeit für die Sessionen über die reibungslose Koordination vor Ort und die präzise Eintragung in Rednerlisten bis hin zur wertvollen Unterstützung beim Erstellen des Jahresberichts. Mit ihrem Engagement, ihrem Organisationstalent und ihrer Verlässlichkeit stellt sie sicher, dass wir uns stets voll und ganz auf unsere parlamentarische Arbeit konzentrieren können. Ohne sie wären wir nur halb so gut – ihr Beitrag ist essenziell für den Erfolg unserer Delegation.

Nicht zuletzt möchte ich mich als Delegationsleiterin von ganzem Herzen bei meinen geschätzten Kolleginnen und Kollegen bedanken. Ihre positive, konstruktive und engagierte Zusammenarbeit ist nicht nur eine grosse Bereicherung, sondern auch eine entscheidende Grundlage für unseren gemeinsamen Erfolg. Ich bin zutiefst dankbar für das uneingeschränkte Vertrauen, das sie mir entgegenbrachten, und dafür, dass sie bei all unseren Vorhaben mit voller Über-

zeugung und grossem Einsatz mitzogen. Ihre Verlässlichkeit, ihre fachliche Expertise und ihr unermüdliches Engagement machen unsere Delegation zu einem starken Team, in dem gegenseitige Unterstützung und gemeinsames Streben nach den besten Lösungen im Mittelpunkt stehen. Ohne sie wäre unsere Arbeit nicht nur schwieriger, sondern auch weitaus weniger wirkungsvoll. Peter Frick, Thomas Hasler und Hubert Büchel gilt mein aufrichtiger Dank – für ihre wertvolle Unterstützung, ihr Engagement und die vertrauensvolle Zusammenarbeit, die ich sehr schätze.

Ich bitte den Hohen Landtag, den Jahresbericht 2024 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zur Kenntnis zu nehmen.

Die Delegationsleiterin

Franziska Hoop

Ruggell, im Februar 2025